

Wiener Kinder nach Ungarn.

2. A u s g a b e.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag 13. August 1918. Nr 257.

Wiener Kinder nach Ungarn. Dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner aus Fuelek ist nachstehendes Telegramm zugekommen: Der ritterlichen ungarischen Nation ist die Gastfreundschaft auch in schweren Zeiten heilig. Wiedener Kinder sind hier gut aufgehoben und trotzdem die Umgebung weniger fruchtbar ist prächtig versorgt.

Ausstellung baukünstlerischer Wettbewerbsarbeiten durch die Stadt Wien. Die Stadt Wien veranstaltet gegenwärtig in den Räumen der Sezession eine Ausstellung jener Arbeiten, welche für die in den Jahren 1917 und 1918 von ihr veranstalteten Wettbewerben für Architekten eingelangt sind. Gleichzeitig werden einer Anregung des Preisgerichtes entsprechend die preisgekrönten und von der Gemeinde Wien angekauften Arbeiten der allgemeinen Wettbewerbe für Architekten vom Jahre 1915 und der preisgekrönten Modelle für den Bildhauerwettbewerb um die Entwürfe für einen Wwandbrunnen an der städtischen Schule 20. Bezirk Vorgartenstrasse 42 ausgestellt. Die Ausstellung ist bis 19. d. M. täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 13. August 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner widmet dem verstorbene Gemeinderate Dr. Pupovac einen tief empfundenen Nachruf, der von den Anwesenden stehend angehört wird.

Karl Kohn namens der Firma Max Kohn & Komp. spendet für die Zentralstelle der Kriegsfürsorge zum Zwecke der Abgabe von Gutscheinen an Arme zum Brotkauf 10.000 Kronen; es ist zu wünschen, sagt der Bürgermeister, dass dieses Beispiel Nachahmung findet.

Aus den Verlassenschaftserträgen des Stahlwarenfabrikanten August Miller wurden 5000 K für die Armen des 6. Bezirkes erlegt.

Marie Helm hat für das Kaiser Elisabeth Kinderspital der Gemeinde Wien in Bad Hall 4000 K vermacht.

Obmann Eduard Tomann der Wiener Chorakademie hat als Ertragnis eines Konzertes 175 K für Arme des 4. Bezirkes übermittelt.

Oberstabsarzt Dr. Eilz hat 200 Kronen für die Armen des 9. Bezirkes, GR. Faulitschke 100 K für die Armen des 6. Bezirkes gespendet.

Alexander von Bizco hat eine in seinem Besitze befindliche Handschrift des Volksdichters Rosegger's „Wie heut' die Berggemeinden untergehen“ für die städtischen Sammlungsgespendet.

GR. Herold wünscht in einer Interpellation die Schaffung eines Propagandaamtes zur Abwehr der feindlichen Propaganda.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass auch ertan diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergegangen sei, er habe gemeinsam mit Oberkurator von Steiner der Regierung ein Memorandum überreicht, wie er sich die Propagandatätigkeit in Oesterreich vorstelle. Der Magistrats habe bereits dem Stadtrate ein Bericht und Antrag vorgelegt, der beim Stadtrate in Verhandlung steht.

GR. Schlechter fragt, welche Schritte die Gemeinde Wien unternommen habe, um die Versorgung der Wiener Bevölkerung für den kommenden Winter mit Brennmaterialien soweit als möglich sicherzustellen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt die Verordnungen bekannt, welche hinsichtlich der Verteilung von Kohle erlassen wurden. Die Schwierigkeit der Verteilung der Kohle bestehe darin, dass die Anlieferung inländischer und ausländischer Kohle infolge der Schwankungen der Produktion keine gleichmäßige sei. Infolgedessen sei eine sichere Belieferung des Kleinhandels und daher auch eine feste Rayonierung zu einem bestimmten Grosshändler ausgeschlossen. Die Bemühungen des Arbeitsministeriums und des Magistrates seien andauernd darauf gerichtet, dass dem Grosshandel die für ihn bestimmte Monatsmenge voll und gleichmässig geliefert werde, damit auch eine gleichmässige Verteilung des Kleinhandels erfolgen könne. Bezüglich Brennholzes teilt der Bürgermeister mit, dass bis Ende Juli die Gemeinde insgesamt rund 230.000 Raummeter Brennholz bei 26 Herrschaften und Grosshändlern gekauft wurden. Davon wurden 70.000 Raummeter schon nach Wien gebracht und davon 50.000 Raummeter an Verbraucher abgegeben. Nach der vom Magistrate angestellten Berechnung wird eine Versorgung der Mindestbemittelten mit Unterzudholz (5 kg pro Woche und Haushalt) während der Heizperiode vom 15. November bis 15. April 1919 <sup>1918</sup> sicher möglich sein und auch die übrigen Haushalte werden bei Heranziehung der bei den Wiener Grosshändlern teils schon bestehenden, teils noch zu vermehrenden Vorräte in die Lage versetzt sein, sich das zur Feuerung der Küchenherde und zum Beheizen der Zimmer nötige Unterzudholz im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Beschränkungen zu beschaffen.

GR. Schwarz stellt folgende Anfrage: Die horrende Steigerung des Mehl- und Brotpreises bedeutet für die in offener Armenpflege befindlichen Personen eine so schwere Bähstung der Kosten ihrer ohnehin ungenügenden Lebenshaltung, dass sie unmöglich von ihnen getragen werden kann. Wirksame und rasche Abhilfe tut dringend not. Es wäre zu diesem Behufe entweder die Armenunterstützung entsprechend zu erhöhen, oder aber Massnahmen zu treffen, dass den in offener Armenpflege befindlichen Personen der Brot- und Mehlbezug zum bisherigen Preise ermöglicht wird. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, im Sinne vorstehender Ausführungen unverzüglich die notwendigen Verfügungen zu treffen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Stadtrat sich bereits mit dieser Angelegenheit befasst und den Magistrat beauftragt habe, es möge eine Organisation geschaffen werden, Unbemittelten und ganz Armen in der Weise geholfen wird, dass von den Armeninstituten Gutscheine zum Ankauf von Brot ausgegeben werden. Jedenfalls sei der vorliegende Antrag zu begrüßen.

Die GR. Hoth und Josef Grünbeck stellen in einem Antrag an den Bürgermeister das Ersuchen, bei der Regierung nachdrücklich vorstellig zu werden, dass der in Absicht genommene Austausch der Metallklinken gegen gewöhnliche Holzdrücker mit Rücksicht auf die derzeit hohe Einbruchgefahr und mit Rücksicht darauf, dass die Ersetzstücke eine kurze Dauer ha-

ben und oft reparaturbedürftig sein werden, unterbleibt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf in die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

STR. Schneider gab ein anschauliches Bild über die Schwierigkeiten im Strassenbahnverkehr und deren Ursachen und erläuterte die Gründe, die zur gewissen Einschränkungen Veranlassung geben. Er berichtete über die Denkschrift, die als Hilfeschrift dem Kaiser überreicht wurde und die darin enthaltenen einzelnen Punkte, welche die Wünsche der Strassenbahndirektion bezüglich Erhebung von Professionisten, Unterstützung bei Beschaffung von Rohstoffen, insbesondere Isoliermaterial, wegen rascher Lieferung bestellter Motorwagen in Simmering und Graz, wegen der Lebensmittelbeschaffung für die Kriegs- und Gemeindefürsorge der Angestellten, wegen Einstellung von Militärsüßwaren nach den Arbeitsstätten und Kasernen, die Ausdehnung des Stadtbahnverkehrs, und die Einführung eines Schiffsverkehrs für die Fahrten in die Freudenau an Penntagen beinhalten. Der Referent sprach auch über die im Gemeinsamen Ernährungsausschuß stattgehabte Konferenz, in der General Landwehr einige der gestellten Forderungen in einigen Punkten zugeb, so die Erhebung von 100 Professionisten, die Beschaffung von Material aus Rußland und der Ukraine u. s. w. Die Bestellte Lieferung von Motorwagen soll in den Fabriken den Militär- und Staatsbahnlieferungen vorangestellt werden. Bezüglich der Lieferung von Lebensmitteln an 13000 Angestellte mit zusammen 340000 Köpfen sowie über die Einstellung von Militärsüßwaren wurde noch keine bindende Zusage gemacht. Bezüglich der Heranziehung der Stadtbahn zur Hebung des Verkehrs handle es sich in erster Linie um die Schaffung eines Uebergangstarifes zwischen Straßen- und Stadtbahn. Gleichzeitig gibt der Referent bekannt, daß das Eisenbahnministerium in einer Zuschrift bekennt, daß während des eingeschränkten Strassenbahnverkehrs der letzte Zug vom Hauptzollamt um 10 Uhr 30 Minuten nachts abgehen werden und in der eine Verdichtung der Intervalle der Stadtbahnzüge in Aussicht gestellt wird.

General Landwehr hat nach den Ausführungen des Referenten in der stattgehabten Konferenz weiters die Anregung gegeben, auf den aufgelassenen Linien einen Stellwagenverkehr einzuführen und stellte zu diesem Zwecke die Beistellung von Pferden, Futtermaterial und Kutschern in Aussicht.

Zum Schluß bemerkte der Referent, daß die bisherigen nächtlichen Bahnhofrundzüge auch weiter verkehren werden und legte dann die bekannten Stadtratsanträge vor, welche auf Grund der mittlerweile von verschiedenen <sup>Seiten</sup> gegebenen Anregungen in einigen Punkten abgeändert wurden.

Die modifizierten Anträge des Referenten lauten:

Vom 19. d. M. angefangen treten folgende Verkehrseinschränkungen in Kraft:

I. Der letzte Wagen geht um 9 Uhr 30 Min. abends vom Ring ab;

II. Gänzlich eingestellt werden die Linien C, 4, 34, 41a, 64, 66, 72, 74, 158 und 167 (vorbehaltlich der Zustimmung des Kriegsministeriums).

III. Teilweise eingestellt werden die Linien:

A und Ak (auf der Strecke Lagerhauschleife bis St. Luccia-platz);

G (Rosensteingasse, Taubergasse, Panikengasse und Festgasse); L und M (Valeriestrasse bis Frater Hauptallee);

V (Hormayergasse, die Linie wird anstatt dessen zum Bahnhofe Herthals geführt);

10 (Penzingerstrasse bis Nisselgasse, bei gleichzeitiger Rückverlegung der Linie 58 in die alte Trasse);

31 (Transiteinlage, Zelinkagasse bis Wallensteinplatz);

32 (Buchberggasse bis Jedlersee);

36 (Sickenberggasse bis Nussdorf);

37 (Barawitzkagasse bis Hohe Warte);

38 (Bahnhof Gränzing bis Gränzing);

39 (Erbsebachgasse bis Sievering);

40 (Gymnasiumstrasse bis Türkenschanzpark);

41 (Scheibenbergstrasse bis Fötzleinsdorf);

43 (Dornbach bis Neuwaldegg);

52 (Baumgartner Kasino bis Hütteldorf);

58 und 59 (Neuer Markt bis Opfer);

60 (Schwarzenbergplatz bis Mariahilfergürtel);

61 (Neuer Markt bis Oper);

66 (Gudrunstrasse bis Trostgasse);

67 (Hellertgasse bis Trostgasse);

Dampfstrassenbahn Perchtoldsdorf bis Mödling.

IV. Auf die Dauer des vorzeitigen Betriebschlusses (Punkt I) kommt der erhöhte Abendtarif nicht zur Anwendung.

V. Die Strassenbahndirektion wird beauftragt, nach Massgabe der Verbesserung der Verhältnisse über die stufenweise Wiederauflassung der obigen Einschränkungen rechtzeitig an den Stadtrat zu berichten.

Bemerkungen: An Stelle der Linie C wird die halbe Linie V über die untere und obere Augartenstrasse zur Taborstrasse geführt, die andere Hälfte der Linie V geht wie bisher über den Kai. Auf der Linie 80 (Freudenau) und 117 (Leggolda) wird das Intervall auf 1 Stunde erweitert.

GR. Neustadt: Direktor Spängler mag ein ausgezeichnete Techniker sein, aber dass eine solche Katastrophe eintreten muss, ist eine Schlampe sonder gleichen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich muss diesen Ausdruck gegen einen hochverdienten Beamten zurückweisen.

GR. Neustadt: Als die Debatte über die Protverkürzung abgeführt wurde, hat man der Regierung vorgeworfen, dass sie nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen hat, derselbe Vorwurf trifft die Strassenbahn.

VB. Hierhammer: Beweisen Sie das!

GR. Neustadt: Es wäre vor einem Jahre Zeit genug gewesen, entsprechende Massnahmen zu treffen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich lade Sie ein, mir 600 Kg Schellack zu beschaffen. (Lebhafte Heiterkeit), da ist gleich eine Abhilfe.

GR. Neustadt: Ich bin kein Schellackhändler, habe damit gar nichts zu tun.

GR. Ferdinand Fischer: In der Leopoldstadt werden Sie's schon kriegen.

GR. Neustadt: Berlin und Budapest leiden unter den Wirkungen des Krieges, ich habe aber nicht die Hoffnung, dass dort der Verkehr stranguliert wird.

GR. Rummelhart: Ich war jetzt in Budapest, das ist ja gar nicht war.

II

GR. Neustadt: Sie rechnen immer nur mit der Geduld des Publikums, aber auch diese wird zu Ende gehen. Der Referent hat als einen der Gründe die spanische Krankheit angeführt, ich muss aber sagen, das kommt mir sehr spanisch vor. ( Zwischenruf: Das war ein sehr guter Witz! ) Es scheint, dass ein autokratisches System bei der Strassenbahn eingerissen ist.

VB. Hierhammer: Das ist ein Vertreter der Stadt Wien, der sein eigenes Nest beschützt.

GR. Floner: Wenn wir weniger Juden hätten, wäre es gleich besser.

GR. Neustadt: Das hat mit dem Judentum gar nichts zu tun. Auch durch die Verkürzung der Endlinien nach den Sommerfrischen werden viele Bewohner betroffen.

GR. Rykl: Da wohnen nur die Preistreiber draussen und die sollen zu Fuss gehen.

Der Redner beantragt die Einführung eines Pendelverkehrs zur Rotunde und erklärt schliesslich, dass er und seine Parteigenossen die Verantwortung für die Verkehrseinschränkungen nicht übernehmen können und gegen die Anträge stimmen werden.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller bemerkt, dass die Frage der Betriebseinschränkungen der Wiener Strassenbahnen keine Wienerfrage, sondern eine österreichische Frage sei, Wien ist das Zentrum so vieler Industrien, der Sitz der Regierung und auch das Zentrum in vielen militärischen Beziehungen. Als die Stadtbahn seinerzeit gebaut wurde, erhoben sich gegen die Linienführung viele Bedenken, welche damit widerlegt wurden, die Stadtbahn müsse aus strategischen Gründen so gebaut werden. Nachdem aber jetzt die Strassenbahn auch im militärischen Verkehr eine so wichtige Rolle spielt, sei es kaum zu begreifen, warum die militärischen Stellen dem Bedürfnissen der Strassenbahnen nicht voll und ganz gerecht wurden.

Der Redner bespricht sodann die ausserordentliche Steigerung der Frequenz der Strassenbahnen im Kriege. Die Ursachen seien folgende: Die Geldentwertung, die Kriegsnervosität, sodass niemand mehr die Ruhe habe zu Fuss zu gehen, die ausserordentliche Benützung der Strassenbahn durch die militärischen Stellen, der Durchzugsverkehr in erster Linie von seiten des Militärs; im Laufe der 4 Kriegsjahre müssen ja ganze Armeekorps durch Wien hindurchgezogen sein und es sei unbegreiflich, warum die zu strategischen Zwecken erbaute Stadtbahn nicht zu diesen Transporten herangezogen wurde. Weitere Gründe für die Steigerung des Verkehrs sei die Sorge um das Schuhwerk, weiters die Beschaffung der Lebensmittel, welche oft aus grösseren Entfernungen herbeigeht werden müssen. Man denke nur an die Linie nach Floridsdorf, schliesslich muss erwähnt werden, dass kein anderes Verkehrsmittel ausser der Stadtbahn zur Verfügung steht, früher hatten wir Omnibus und Lohnfuhrwerk und eine nicht kleine Rolle spielte es auch, dass doch viel mehr Leute als sonst auch während des Sommers in Wien bleiben und von hier aus ihre Ausflüge unternehmen.

Die Strassenbahnmisere wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die Not an Mannschaften, hauptsächlich an Professionisten. Und da sei es fast unbegreiflich, dass die Reichshauptstadt nicht den Einfluss hatte, ihre Forderungen durchzusetzen.

Nachdem die Rohmaterialien, die wir zu den Betrieb brauchen aus dem verbündeten Ausland erhalten sollen, so müssen wir nicht nur gegenüber Ungarn, sondern auch gegenüber den anderen Verbündeten auf die einheitliche Front hinweisen. Namentlich die Baumwolle, die wir als Isolierungsmaterial brauchen, könnten wir doch von unserem Handelsminister leicht erhalten, da wir ihn sonst drohen könnten, dass wir die Postzüge nicht mehr mittelst elektrischen Motoren zu befördern in der Lage sind. Redner wünscht schliesslich, dass das Endstück der Linie von der Lagerhausstrasse bis zum St. Lucia-Platz im Interesse der zahlreichen Industriearbeiter nicht aufgegeben werde und verlangt eine Beschränkung des Militärtransportes auf der Strassenbahn. Er erklärt schliesslich, dass er der Gemeinde Wien nicht allein die Schuld an den gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten gebe, es dürfe ihr aber auch der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie zu wenig Energie aufgewendet habe.

GR. Regierungsrat Schmidt wendet sich gegen die gemachten Anwürfe und die Ausführungen der Vorredner, die Verständnislosigkeit gegenüber den Kriegsverhältnissen beweisen und in beispielloser Weise alles bisher der Öffentlichkeit übergebene Material ignorieren.

Nicht allein für die Strassenbahn, wird die Gemeindeverwaltung zur Rechenschaft gezogen, sondern man betrachtet auch das Einstellen des Stellwagenbetriebes als Schuld der Gemeinde ohne an den eigenen Niederbruch der Pferde aus Mangel an Futtermitteln zu denken. Auch die Verminderung des Lohnfuhrwerkes wird der Stadtverwaltung zur Last gelegt, ebenso der mangelhafte Verkehr auf der Stadtbahn, in den die Gemeinde nichts dreinzureden und keinen Einfluss auszuüben hat. Der Redner weist speziell auf die vom GR. Neustadt <sup>gegen</sup> die Direktion gemachten Angriffe energisch zurück, ebenso auch die gemachte Behauptung des GR. Schwarz-Hiller, der der Gemeinde jede Voraussicht abspricht. Er erklärt, dass er ein Feind der Katastrophenpolitik sei und für die gestellten Einschränkungen stimmen werde, um einer Katastrophe im Winter vorzubeugen. Die gemachten Einschränkungen werden den Theaterbesuch nicht schmälern, wenn diese Stätten durch früheren Anfang ein früheres Ende erreichen. Er gibt ferner die Zusicherung, dass diese Einschränkungen nicht von langer Dauer sein werden, vorausgesetzt, dass die Versprechungen der Regierung zur Tat werden., denn weder die Gemeinde, noch die Strassenbahn haben ein besonderes Interesse an den Einschränkungen ( Rufe: Im Gegenteil! ). Beiden Teilen wäre es lieber davon abstehen zu können, doch wir müssen, wenn auch mit schwerem Herzen, dafür stimmen.

VBGM. Hoss übernimmt den Vorsitz.

GR. Emmerling bemängelt in seinen Ausführungen in erster Linie, dass man viel zu spät mit diesen Einschränkungen

gekommen sei, da nach den Strassenbahnberichten aus dem Jahre 1915/16 die Direktion bereits von den Verkehrsschwierigkeiten Kenntnis haben musste. Dafür habe man eine Tarifierhöhung vorgenommen, ohne uns dabei sowie auch bei der Budgetdebatte Gelegenheit zu geben, über den Stand der Strassenbahnen sprechen zu können. Bezüglich der Nichtlieferung von bestellten Aufträgen durch die Kriegsindustrie bemängelt er, dass diese einfach alle Friedensarbeit zur Seite gelegt habe, man hätte rechtzeitig dafür sorgen müssen, dass sie wenigstens einen Teil dieser Arbeiten ausführe. Wenn wir in der Gemeinde eine demokratische Verwaltung hätten, wäre es nicht möglich, dass die Gemeinde so behandelt wird. Dass es so ist, beweist nur, dass Ihre Partei nicht den notwendigen Einfluss hat. Wie oft haben Sie sich bei den Bittgängen nicht der Hilfe der 7 Sozialdemokraten bedient? Rufe: Warum nicht?

Die Betriebseinschränkungen werden je, wie wir aus verschiedenen Debatten gesehen haben, auch von der Majorität nicht so leicht genommen.

Im Frieden deckten sich meistens Aufenthaltsort und Arbeitsstätte, was heute nicht der Fall ist, da viele Arbeiter ihren Arbeitsort verlassen haben.

Redner wünscht ebenfalls die Aufrechthaltung der ganzen Linie A und Ak. Durch die Abschneidung der Linie 40 werde das Krankenhaus der Kaufmannschaft vom Verkehr abgeschnitten. Dies könnte durch Errichtung einer Haltestelle der Linie 41 bei der Max Emanuelstrasse gemildert werden. Die Einstellung von Linien werde eine kolossale Ueberlastung der anderen Linien zur Folge haben. Der Omnibusverkehr sei ein sehr schwacher Ersatz, da die Fahrgäste nur am Ausgangspunkte Platz finden werden. Dieser Ersatz sollte aber auch schon am 19. ds. Mts., dem Tage des Beginnes der Einschränkungen schon vorhanden sein.

Der Redner erklärt, dass seine Parteigenossen gegen alle Anträge stimmen werden.

GR. Körber bespricht die starke Ueberlastung des Strassenbahnverkehrs nicht bloß mit Personen, sondern auch mit Gepäck und verschiedenen Waren, insbesondere Lebensmitteln, die die Fahrgäste mit sich nehmen. Auch in Budapest ist die Strassenbahn eingeschränkt und bei den Haltestellen ist Militär aufgestellt, um den Verkehr zu regeln. Auch wir sind die Einschränkungen im 2. Bezirk nicht sympathisch, aber ich begreife die heutigen Schwierigkeiten, dass jetzt schon Einschränkungen eintreten müssen, damit wir nicht einer Katastrophe entgehen.

Bei der Linie 80 habe ich von Sr. Exzellenz den Einstundenverkehr erbeten, da heute die Freudenau ein ganzer Bezirksteil ist und ich danke Seiner Exzellenz nun von dieser Stelle für die gütige Intervention. Wahrheitsgetreu haben wir vom Referenten die Verhältnisse entgegengenommen und ich verwehre mich dagegen, dass dieser Gegenstand zu einer parteipolitischen Sache ausgenutzt wird.

BGM. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz. GR. David erhebt gegen die Gemeindeverwaltung und die Direktion den Anwurf, dass in der Strassenbahnfrage nicht zur richtigen Zeit interveniert wurde und dass nicht gleich mit der nötigen Energie das gefordert wurde, um dass sich jetzt

der Bürgermeister und die massgebenden Faktoren bemühen.

Er spricht von der Devastierung der Betriebsmittel durch Extrazüge für verschiedene Personen und verweist insbesondere auf die Rennfahrten in die Freudenau mit den Salonwagen (GR. Angeli Die kommen ja für den öffentlichen Verkehr gar nicht in Betracht!) und beantragt, dass die Salonwagen sofort in den Dienst des Verkehrs gestellt werden sollen. Er warnt davor, die gemachten Zusagen besonders ernst zu nehmen, da er wisse, dass sich Befehlen von höheren Stellen stets das

Armeekommando widersetze, glaubt nicht an die Lieferung aus der Ukraine ( Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Sie kommen nächste Woche an) sowie an die Lieferung von Rohstoffen aus dieser Gegend. Er meint, wenn auch ein Teil der Zusagen erfüllt werde, so erfüllt die Regierung nur eine Pflicht und macht der Gemeinde kein besonderes Geschenk. Die Hauptsache ist, dass der Fahrpark rasch in Ordnung kommt, wofür die Regierung ihr Entgegenkommen zeigen muss.

Redner erklärt zum Schluss, dass seine Partei gegen die Einschränkungen stimmen werde, da sie angesichts der zugesagten Hilfe wenigstens die sofortige Notwendigkeit dieser Einschränkungen nicht für notwendig halte.

Ueber Antrag des GR. Kurz wird zum Schluss der Debatte beantragt.

GR. Emmerling: Weil Sie zum Ausdruck bringen wollten dass alle Parteien die Forderungen vertreten. Die Arbeiter haben trotz Kriegsdienstleistungsgesetz und Standrecht Lohnerhöhungen durchgesetzt, weil sie sonst verreckt wären. Auch die Gemeinde hätte mit gleicher Energie vorgehen sollen. Wer aber hat stattdessen den Strassenbahnausschuss sofort ausser Kraft gesetzt?

GR. Müller: Die Regierung.

GR. Emmerling: Ja aber die Regierung im Rathhause. ( Heiterkeit ) Sie haben vor dem Kriege 300 Arbeiter für die Reparaturen gehabt; sie könnten sie noch heute haben, wenn sie ihnen entsprechende Löhne gezahlt haben würden. Jeder andere Kriegslieferant muss diese Löhne bezahlen und darum hat er auch die Arbeiter, die er braucht.

GR. Angeli beklagte sich, dass auch in dieser ernstesten Zeit die Opposition sich bemühe, parteimässiges Gift in die Bevölkerung hineinzutragen. Er hätte erwartet, dass jede parteipolitische Betätigung in dieser Debatte ausgeschaltet und rein sachlich gesprochen würde. Die Strassenbahndirektion habe einen Chef an der Spitze, der vollstes Vertrauen verdiene und verfüge über einen Generalstab von lauter erprobten Männern, die mehr als ihre Pflicht erfüllen. Auch die Majorität gebe nur schweren Herzens die Zustimmung zu den einschränkenden Massnahmen, die von der ganzen Bevölkerung schwer empfunden werden. Die alleinige Ursache sei die lange Dauer des Krieges, die niemand für möglich gehalten hätte; es sei also ein Unding, die Christlich-Sozialen für all den Jammer haftbar zu machen. Wenn auf Berlin hingewiesen werde, so dürfe nicht vergessen werden, dass diese Stadt eine vortreffliche Stadtbahn habe, die nicht für strategische Zwecke, sondern für den allgemeinen Verkehr gebaut wurde, dass ferner Berlin eine ebene Stadt sei, in welcher der Wagenpark und die Motore nicht so stark mitgenommen werden. Von der Militärverwaltung könnte die Stadt Wien ein grösseres Entgegenkommen erwarten und wenn wir den Krieg gewinnen wollen, so müssen wir verlangen, dass von den militärischen Stellen mehr Verständnis für die Leiden der Bevölkerung im Hinterlande gezeigt werde.

GR. kaiserl. J. Fischer wundert sich, dass am 17. Juli gelegentlich der Erhöhung der Tarife der städtischen Strassenbahnen kein Wort von einer drohenden Einschränkung der Strassenbahnen gesprochen wurde. Er wünscht, dass gegenüber den massgebenden Faktoren der gehörige Nachdruck ausgeübt werde, damit die Strassenbahnen das notwendige Material und Personal erhalten.

Zum Schluss stellt der Redner den Antrag in den Morgenstunden bis 9 Uhr in den Mittagsstunden von 12 bis 2 Uhr und in den Abendstunden von 6 bis 8 Uhr den Betrieb in bisheriger Weise aufrecht zu erhalten und ihn den restlichen Stunden um 1/5 zu reduzieren, was durch eine Verlängerung der Intervalle geschehen soll.

GR. Schlechter: zollt dem Referenten seine Anerkennung für seine Ausführungen und beschuldigt lediglich die Regierung und die Ministerien als Ursachen der Strassenbahnmisere.

Der Bürgermeister habe es zweifellos an Mühen nicht fehlen lassen und sei vielleicht zu oft zu den einzelnen Ministerien gegangen, Es sei Pflicht des Gemeinderates sich heute deutlich auszusprechen und durch einen sinnvollen Beschluss, der den Bürgermeister bitte, neuerdings und wiederholt bei der Kriegsverwaltung um Hilfskräfte und um Materialien vorzusprechen, den Bemühungen des Bürgermeisters Nachdruck zu verleihen.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner übernimmt den Vorsitz.  
GR. Spilowsky stellt fest, dass die heutigen Anträge das Ergebnis reiflicher Ueberlegung und eingehender Verhandlungen sind, was die Anwürfe der Opposition am klarsten widerlegt. Sie sind nicht der Grund von Wahrnehmungen der Direktion in den letzten Tagen, denn diese hat wiederholt dem Bürgermeister und dem Stadtrat bereits früher berichtet, was die Stadtratssitzungsprotokolle beweisen. Der Redner verweist auf eine Menge von Erleichterungen, die der Stadtrat im

Interesse der Bevölkerung der Direktion abgerungen hat, sowie die Aufrechterhaltung der Linie Kaiser Ebersdorf, der 7 und 14 Wagen und so weiter. Er wendet sich insbesondere heftig gegen die Ausführungen des GR. Neustadtl sowie der anderen oppositionellen Redner wegen ihrer tendenziösen Art nicht die Gemeindeverwaltung, sondern die christlichsoziale Partei als solche zu beschuldigen, die aber die Wünsche der Bevölkerung stets voll und ganz erfüllt. Man hat bloß Pauschalanwürfe erhoben, aber kein einziger der oppositionellen Redner hat entsprechende Vorschläge gemacht, was zu tun gewesen wäre.

Wir aber treffen rechtzeitig Vorsorge, in dem wir uns dagegen schützen, dass wir in absehbarer Zeit vor einem völligen Niederbruch des gesamten Strassenbahnverkehrs stehen. Wir erwarten von der Wiener Bevölkerung, dass sie es einsieht, dass jetzt diese verhältnismässig kleinen Einschränkungen vorgenommen werden müssen, um das einzige Verkehrsmittel, das uns noch geblieben ist, die Strassenbahn für die Zukunft überhaupt zu erhalten. Von Seite des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung sind unzählige Schritte für eine Verbesserung unternommen worden, an denen auch die Vertreter der Opposition teilgenommen haben. Es würde daher auch diese der Vorwurf der Opposition treffen, es an dem notwendigen Nachdrucke habe fehlen lassen.

Ich muss es auch als durchaus ungehörig zurückweisen, wenn GR. Neustadtl es gewagt hat, über den Krankheitszustand unter den Arbeitern unserer Hauptwerkstätte einen Witz zu machen. Nur ein Mensch, der einer Rasse, wie Herr Neustadtl angehört, kann so herzlos sein, einen derartigen Anlass zu Witzen zu benützen. Ich stelle demgegenüber fest, dass unsere Strassenbahnbediensteten mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte gearbeitet haben, solange es nur ging.

Alle Einwendungen sind sachlich ungerechtfertigt und dienen nur dazu, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir lassen uns dadurch nicht beirren und wir sind uns auch der Tragweite der Beschlüsse voll und ganz bewusst. Aber weil wir auch den Mut haben, die Verhältnisse richtig zu beurteilen und danach zu handeln, entschliessen wir uns jetzt zu diesen Einschränkungen, um für später eine völlige Katastrophe zu vermeiden. Wir werden daher auch für die Anrede stimmen.

Redner stellt schliesslich den Antrag, wenigstens an Sonn- und Feiertagen den Verkehr sobald als möglich wieder bis zu den Endlinien auszudehnen um eine raschere Abwicklung des ja immer stärkeren Sonntagsverkehrs zu ermöglichen.

Bezirksvorsteher Dr. Blasel spricht seine Freude darüber aus, dass den Anträgen der Bezirksvertretung bezüglich der V Linie und des Verkehrs in die Freudenu ausgesprochen wurde.

Oberkurator Gr. von Steiner bedauert, dass diese Angelegenheit vom parteipolitischen und nicht vom verkehrspolitischen Standpunkt behandelt werde. Man suche daraus einen Prügelknaben. Die Bevölkerung sei aber überzeugt, dass der Bürgermeister vom frühen Morgen bis zum späten Abend seine Pflicht im vollsten Masse erfüllt (Rufe: Bravo Weisskirchner!) Der Direktor der städtischen Strassenbahnen Ing. Spangler ein pflichtgetreuer Beamter und eine

und eine anerkannte Autorität im Verkehrsangelegenheiten. sei - Der einzig Schuldige an den jetzigen Verhältnissen sei der lange andauernde Krieg. Auch bei den Vollbahnen und auf der Stadtbahn ist man mit grossen Einschränkungen vorgegangen und auch in Berlin sei der Strassenbahn betrieb reduziert worden. Wenn in Budapest der Verkehr noch ein ziemlich guter sei, so hat dies die Stadt der ungarischen Regierung zu verdanken, welche in viel energischerer Weise als die unsrige sich der Hauptstadt annimmt. Im Jahre 1911 waren die Verhandlungen mit dem französischen Syndikate wegen des Baues für Untergrundbahnen ziemlich weit gediehen, aber man hoffte damals auf eine <sup>französische</sup> Gemeinderatsmajorität im Jahre 1912, die ausersehen sei, die Untergrundbahnen zu bauen. Als Bürgermeister Dr. Weisskirchner <sup>im Jahr 1912</sup> an die Spitze der Gemeindeverwaltung trat, habe er sofort die Verhandlungen wieder aufgenommen, aber die Engländer haben damals schon von jeder grösseren Finanzoperation in den Gebieten der Mittelmächte Abstand genommen und die Verhandlungen, die mit den Franzosen bis zum Mai 1914 geführt wurden, konnten damals nicht abgeschlossen werden.

Der Redner kommt dann auf die einzelnen Anschuldigungen der oppositionellen Redner zu sprechen und entkräftet dieselben durch energische Abwehrworte. Er gibt ferner die Anregung, der Bürgermeister möge, wenn es möglich ist, in den Privatbetrieben für eine einheitliche Bürozeit wirken, damit die Mittagsfahrten der Angestellten unterbleiben und der Abendverkehr entlastet werden. Er stellt fest, dass die Verhältnisse in der Zweimillionenstadt Wien bedeutend besser sind, wie in sehr vielen kleineren Hauptstädten unseres Vaterlands und nicht schlechter als in den Hauptstädten unserer Feinde. Pflichtgemäss wird der Gemeinderat zusammenstehen und alles veranlassen, dass die Einschränkungen nicht von ständiger Dauer sind, sondern nur solange gehalten werden, als sie gehalten werden müssen. Zum Schlusse seiner Ausführungen tritt er, ruhig für die Uebergangsmassnahmen zu stimmen, damit die Katastrophelpolitik nicht zu ihren Rechten gelange.

Bei der Abstimmung, die nach dem Schlussworte des Referenten punktweise vorgenommen wird, gelangen die Anträge des Referenten mit überwiegender Mehrheit zur Annahme. Die verschiedenen Abänderungsenträge werden abgelehnt, mit Ausnahme des Antrages Emmerling auf Wiedererrichtung einer Haltestelle auf der Linie 41 und des Antrages Schlechter welche angenommen und des Antrages Spalowsky, auf Ausdehnung des Sonntagsverkehrs, welcher genügend unterstützt, an den Stadtrat geleitet wird.

BGM. Dr. Weiskirchner schloss die Beratung über diesen Gegenstand indem er sagte, ich hätte nur gewünscht, dass der Gemeinderat heute einstimmig seiner Meinung Ausdruck gegeben hätte, das wäre eine wesentliche Unterstützung bei allen Zentralfstellen gewesen. Ich will aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Generalmajor Landwehr für seine werktätige Unterstützung, die ich mir auch für die Zukunft erbitte, herzlichst zu danken.

GR. Spalowsky legt die bekannte Resolution der Gemeinde Wien gegen die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Beschlussfassung vor.

GR. Dr. Hein im Namen des Verbandes der freiheitlich bürgerlichen Gemeinderäte, Gr. David im Namen des sozialdemokratischen Klubs des Gemeinderates und GR. Schäfer namens des demokratischen Klubs stimmen den Anträgen Referenten vollinhaltlich bei.

GR. Angeli spricht seine Freude darüber aus, dass alle Parteien in dieser Frage einig sind und gedenkt des grossartigen Kaiserwerkes, welches es ermöglichte 10.000 von Kindern nach Ungarn zu senden und spricht allen Beteiligten Faktoren, sowie insbesondere dem gastfreundlichen Ungarn den herzlichsten Dank aus ( lebhafter Beifall ).

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Referentenantrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Tomola referierte an Stelle des erkrankten Stadtrates Dr. Hass über die Erweiterung des schulärztlichen Dienstes.

GR. Emmerling begrüsst diesen Antrag im Namen seine Partei und bedauerte nur, dass diese schulärztliche Prüfung nicht in einem Arbeiterbezirk probeweise eingeführt werde. Nach der einstimmigen Annahme dieses Antrages wurden über Antrag des VBGM. Hierhammer die übrigen Punkte der Tagesordnung an bloc angenommen.